



AUSGABE 80
August 2010

ANALYSEN & ARGUMENTE

Wachstum ohne Ende?!

PLÄDOYER FÜR DIE DIFFERENZIERTER BETRACHTUNG
EINER ÖKONOMISCHEN KATEGORIE

David Gregosz

Im Beitrag wird für eine nüchterne Betrachtung von Wachstum und seiner ökonomischen Messgröße (Bruttoinlandsprodukt, BIP) geworben, die nicht durch subjektive Zufriedenheitsindikatoren ersetzt werden sollte. Zukünftig ist mit Blick auf die Fundamentaldaten der deutschen Volkswirtschaft von moderaten Wachstumsraten auszugehen, die nur erreicht werden können, wenn die deutsche Innovationskultur weiter gefördert, das Erwerbspersonenpotential genutzt und Investitionsbedingungen gestärkt werden. Dementsprechend ist Wachstum das Ergebnis anreizkompatibler Ordnungspolitik auf nationaler Ebene. Sie sollte den Weg zu einer wirtschaftlichen Entwicklung eröffnen, die qualitativen Kategorien genügt: Die Steigerung des Wohlstandsniveaus und die Schonung der Umwelt sind keine Gegensätze, sondern Elemente einer „menschewürdigen Wirtschaftsordnung“ (Walter Eucken), die in Einklang zu bringen sind. In erster Linie müsste die Einsicht in diese Tatsache wachsen.

Ansprechpartner

Dipl.-Pol. David Gregosz, B. Sc. (VWL)
Kordinator Grundsatzfragen/Ordnungspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 16
E-Mail: david.gregosz@kas.de

Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-941904-73-6



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | I. EINFÜHRUNG: ZUKÜNFTIG NUR MODERATE WACHSTUMSRATEN

3 | II. GRAU IST ALLE (WACHSTUMS-)THEORIE

4 | III. UNVERSÖHNLICHE POSITIONEN? DIE WACHSTUMSDEBATTE
ERHITZT GEMÜTER

5 | IV. ORDNUNGSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

6 | V. WELCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN SIND ZU ZIEHEN?



I. EINFÜHRUNG: ZUKÜNFTIG NUR MODERATE WACHSTUMSRATEN

Die wissenschaftliche wie auch politische Debatte um Wirtschaftswachstum und dessen Messung hat im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich an Dynamik gewonnen.¹ Vielfach wurde gefragt, ob nicht gerade die „Gier nach immer mehr“ (also auch nach mehr Wachstum) in die Krise geführt habe. Empirische Studien belegen, dass man dieser Annahme in weiten Teilen der Bevölkerung zustimmt. Dass ein individuelles, menschliches Motiv zur Erklärung einer komplexen ökonomischen Gemengelage wie der Finanz- und Wirtschaftskrise kaum ausreicht, dass Staats- und Marktversagen in diesem Fall Hand in Hand gingen, gerät in Vergessenheit. Die Skepsis, ob sich nachhaltige Problemlösungen durch Wirtschaftswachstum erzielen lassen, trifft insofern auf fruchtbaren Boden und wird von führenden Wissenschaftlern, wie z.B. Meinhard Miegel, weiter geschürt.

Schon im Titel seiner aktuellen Publikation *Wohlstand ohne Wachstum*² deutet Miegel eine ökonomische Perspektive für die Bundesrepublik an, die so gar nicht zu den wirtschaftspolitischen Bemühungen der schwarz-gelben Bundesregierung passen will. Schließlich hatten die Koalitionäre als eine der ersten Amtshandlungen ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“³ verabschiedet, das ergänzend kurzfristig zur konjunkturellen (Wieder-)Belebung beitragen sollte.⁴

Die Inkongruenz zwischen beiden Positionen ergibt sich aus den Fristigkeiten: Miegel geht davon aus, dass Wirtschaftswachstum für die deutsche Gesellschaft zwar wünschenswert und notwendig ist, sich aber langfristig zunächst kaum mehr einstellen wird. Mit Blick auf die durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der letzten Jahrzehnte scheint diese These nicht unwahrscheinlich: Während in den 1950er Jahren im Schnitt ein reales Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 8,2 Prozent pro Jahr zu verzeichnen war, sanken diese Raten in den folgenden Jahrzehnten trendmäßig kontinuierlich ab.⁵ Dass die Zeiten üppiger Wachstumsraten vorbei seien, prognostizieren auch andere Wissenschaftler. Folgt man etwa dem *Deutschland Report 2035*⁶ wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) zukünftig nur um durchschnittlich 1 Prozent pro Jahr wachsen (konjunkturelle Einflüsse bleiben hier unberücksichtigt), wobei vor allem die ungünstige demografische Entwicklung das langfristige Wirtschaftswachstum bremsen wird. Mit der Alterung und Schrumpfung der deutschen Gesellschaft geht ein Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens einher, der sich auf die Wachstumsrate des absoluten Bruttoinlandsprodukts auswirken wird.⁷

Neben der Veränderung der Alterspyramide sprechen weitere ökonomische Gründe für eine sich verringernde Dynamik des Wirtschaftswachstums.

Aus Miegels Perspektive sind zwei Faktoren ausschlaggebend dafür, dass sich der negative Trend wahrscheinlich fortsetzen wird und die Gesellschaft sich auch in den kommenden Jahren bescheiden muss: Erstens könne man den übermäßigen Umwelt- und Ressourcenverbrauch nicht weiter vorantreiben, der weltweit zu einem Problem geworden ist (reale Preissteigerungen für Ressourcen, Naturkatastrophen, Übernutzung frei verfügbarer Güter). Zweitens wird sich die staatliche Nachfrage mit Blick auf den immensen Schuldenstand abschwächen (müssen)⁸, womit ein wesentlicher Wachstumstreiber⁹ der Vergangenheit schlicht an Bedeutung verliert.

Mit Blick auf diese Faktoren ist wahrscheinlich, dass Wachstum den materiellen Wohlstand zukünftig nur mäßig steigern wird.¹⁰ Ob aus diesem Grund aber eine Neudefinition des Wohlstandsbegriffs vorgenommen werden muss, der wesentlich weiter gefasst ist und immaterielle Kategorien bzw. Werte wie Familie, Freunde, Freizeit, Ehrenamt, Bildung, Spiritualität, zwischenmenschliche Beziehungen oder Kultur einbezieht, ist umstritten.

Zweifelsohne schaffen diese Komponenten gesellschaftliche Werte, weshalb sie bei der Wohlstandsmessung (trotz statistischer Schwierigkeiten) durchaus zu berücksichtigen wären. Allerdings macht das den Schlüsselindikator bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie staatlicher Wirtschaftspolitik, das Bruttoinlandsprodukt und seine Wachstumsrate, nicht überflüssig. Vielmehr geht es um die Entwicklung ergänzender Orientierungsgrößen, die allerdings nicht mit ökonomischen Indizes zu einer Art „Glücksindikator“ verschmolzen werden sollten. Politische Entscheidungen vor allem an subjektiven Zufriedenheitsindikatoren von Menschen auszurichten, ginge zu weit.

II. GRAU IST ALLE (WACHSTUMS-)THEORIE

Spätestens an dieser Stelle erscheint es notwendig, die Definition des Begriffs „Wirtschaftswachstum“ in Erinnerung zu rufen, um sich nicht in schwer messbaren Kategorien (wie „Glück“ oder „Lebenszufriedenheit“) zu verlieren: Wachstum ist die prozentuale Zunahme des preisbereinigten, absoluten Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Zeitverlauf¹¹, also ein Konstrukt, das in Euro gemessen wird. Für einige Fragestellungen, z.B. Ländervergleiche, erscheint es sinnvoll diese absolute Größe auf die Einwohnerzahl eines Landes herunter-



zubrechen (BIP pro Kopf).¹² Das Statistische Bundesamt erfasst die hochaggregierte Messgröße BIP mit all ihren methodischen Schwächen (Nichtbilanzierung von Umweltschäden, fehlende Einbeziehung unbezahlter Arbeit etc.). Ziel ist es, den Wert aller Güter und Dienstleistungen zu erfassen, die in einem Jahr in einem Land für den Endverbrauch produziert werden und diese Kennzahl mit früheren Jahren zu vergleichen. Daraus ergibt sich die nominale BIP-Wachstumsrate, ein Wert der dann preisbereinigt wird. Doch wie entsteht diese kontinuierliche Zunahme des BIP? Welche Faktoren haben Einfluss auf das Phänomen Wachstum?

Volkswirtschaftliche Wachstumstheorien wie unter anderem das Solow-Modell oder endogene Wachstumsmodelle erklären, wie gesamtwirtschaftliche Ersparnis, das Wachstum des Kapitalstocks in einem Land (Investitionen in Sach- und Humankapital), die Zu- bzw. Abnahme der Erwerbsbevölkerung und der technische Fortschritt (Produktivitätsfortschritte) zusammenwirken, und wie dadurch der langfristige Output einer Volkswirtschaft (d.h. das Produktionspotential) beeinflusst wird. Mit anderen Worten: Ob und wie stark eine Volkswirtschaft wächst, hängt davon ab, wie viel in neue leistungsfähigere Maschinen investiert wird (Stichwort technologischer Fortschritt), wie viele Kinder geboren werden bzw. junge Menschen zuziehen und wie leistungsfähig diese Menschen sind. Kurz- und auch mittelfristig spielen darüber hinaus strukturelle Aspekte wie eine verbesserte Integration bisher unterrepräsentierter Bevölkerungsschichten am Produktionsprozess (v.a. Frauen, Ältere, Migrantinnen) und längere Lebensarbeitszeiten eine wichtige Rolle.

Es liegt auf der Hand, dass neben der weltwirtschaftlichen Entwicklung auch die politische Stabilität eines Landes und seine institutionellen Rahmenbedingungen entscheidend für Wachstum sind. Darüber hinaus gibt es zahlreiche angebots- und nachfrageseitige Einflussfaktoren, die die trendmäßige wirtschaftliche Entwicklung auf nationaler Ebene beeinflussen. Der Blick richtet sich hierbei gleichermaßen auf Unternehmen wie auf staatliche Wirtschaftspolitik. Zum einen können Unternehmen durch Innovationen, Investitionen, Umstrukturierungen und andere unternehmenspolitische Entscheidungen den Grundstock für eine positive volkswirtschaftliche Entwicklung legen. Zum anderen kann Politik diese Dynamik unter anderem durch kluge Investitionen, Bildungsausgaben, solide Finanzpolitik und schlanke Verwaltungsstrukturen beeinflussen. Ordnungspolitischen Prinzipien kommt damit eine hohe Bedeutung zu.¹³ Wirtschaftshistorisch betrachtet ist Wachstum übrigens ein relativ junges Phänomen. Erst die industrielle Revolution brachte eine stetige Expansion der Weltwirtschaft mit sich, die bis heute anhält, aber mehr und mehr mit der Begrenztheit globaler Ressourcen zu kollidieren droht.

III. UNVERSÖHNLICHE POSITIONEN? DIE WACHSTUMSDEBATTE ERHITZT GEMÜTER

Freilich sind Diskussionen über die Grenzen und Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung nicht neu: Als Beleg dafür könnte man die Überbevölkerungsthese des Ökonomen Thomas R. Malthus¹⁴ aus dem Jahr 1798 anführen oder den Bericht *Die Grenzen des Wachstums* des Club of Rome von 1972 zitieren.¹⁵ In diesem Bericht hatten Wissenschaftler um Dennis Meadows vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung und schwindenden Ressourcen verschiedene Szenarien entwickelt und vor massiven ökonomischen Verwerfungen gewarnt. Zwar haben sich viele dieser Prognosen als zu pessimistisch herausgestellt, dennoch markierte der Bericht einen Ausgangspunkt gesellschaftlicher Diskussionen über Wirtschaftswachstum und sensibilisierte für die negativen Begleiterscheinungen industrieller Produktion, vor allem der Umweltverschmutzung.

Knapp zwanzig Jahre zuvor blieb dieses Thema weitgehend unberücksichtigt. In den ersten Nachkriegsjahren lag den Architekten der Sozialen Marktwirtschaft zunächst daran, den Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung voranzutreiben, zu der die Wirtschaftsordnung einen Beitrag leisten sollte. Man war darauf bedacht, den individuellen materiellen Wohlstand der Bevölkerung zu mehren, Arbeitsplätze zu schaffen und die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Wachstumspolitik galt den Verantwortlichen in diesem Zeitraum als beste Wirtschafts- und auch Sozialpolitik. Sie war aber nie Selbstzweck, sondern sollte übergeordnete sozioökonomische Ziele erreichen. Marktwirtschaft und Wachstum waren für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft zwar „bewundernswürdige Mechanismen“ (Wilhelm Röpke), die aber dem Menschen dienlich sein mussten. Wachstumspolitik hatte insofern einen instrumentellen Charakter. Dahinter stand die Überlegung: Wenn der Kuchen ständig größer wird, kann jeder ein Stück mehr bekommen und die Verteilungskämpfe werden weniger hart und spannungsgreich.

Aufgrund dieser Überlegung gilt wirtschaftliches Wachstum bis heute fast überall auf dem Globus als erstrebenswertes Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik.¹⁶ Die generellen ökonomischen Vorteile für einen Staat werden von Wachstumsverfechtern immer wieder vorgetragen¹⁷:

- Wachstum erhöht die Einkommen und damit den Lebensstandard der Bevölkerung,
- es forciert die Produktion von Waren und Dienstleistungen und schafft so neue Arbeitsplätze,



- Wachstum erleichtert den Strukturwandel,
- sorgt für Staatseinnahmen und
- macht es letztlich auch möglich, mehr Geld in Aufgaben wie Bildung, Umweltschutz und die Entwicklungshilfe zu investieren.

Tatsächlich zeigt ein Blick auf ausgewählte Daten, dass die deutsche Volkswirtschaft diese Vorzüge in den zurückliegenden Boomjahren 2006 bis 2008 ganz konkret erfahren hat.

- Das Bruttoinlandsprodukt stieg 2006 real um 3 Prozent und 2007 um 2,5 Prozent.¹⁸ Das entspricht einem Mehrwert von 180 Milliarden Euro an Waren und Dienstleistungen – oder anders formuliert: an zusätzlich entstandenem Einkommen.
- In den Jahren 2006 bis 2008 sind insgesamt rund 1,3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, darunter mehr als 800.000 sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. Im Herbst 2007 waren in Deutschland zum ersten Mal überhaupt mehr als 40 Millionen Menschen erwerbstätig. Im Herbst 2008 wurde die Drei-Millionen-Grenze bei der Zahl der Arbeitslosen unterschritten – zum ersten Mal seit 1992.¹⁹
- Die Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften sind 2006/07 um 83 Milliarden Euro gestiegen, die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte insgesamt lag 2007 nur noch bei 8,1 Milliarden Euro (heute geht es um Nettokreditaufnahmen des Bundes zwischen 60 und 80 Milliarden Euro), der Schuldenstand sank von 64,6 Prozent des BIP im Jahr 2005 auf 61,6 Prozent im Jahr 2007.²⁰

Kritiker weisen unbeeindruckt von diesen vermeintlichen Erfolgen auf den immensen Umwelt- und Ressourcenverzehr hin, der durch Produktion und Verbrauch einer ständig wachsenden Gütermenge in den Industrienationen, eben auch in Deutschland, verursacht wird. Damit löst sich ihre Argumentation von nationalen Belangen und stellt auf globale Herausforderungen ab, die mit einem weltweiten Wirtschaftswachstum verbunden sind (Energie- und Rohstoffverbrauch, Klimaveränderungen, Spekulationskrisen). Wachstum dürfe nicht größere Schäden verursachen als es Nutzen bringe, fordert Meinhard Miegel in seinem bereits erwähnten Buch. Mit Blick auf den Klimawandel und andere ökologische Krisen (z.B. die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko) ist diese Forderung mehr als einsichtig, auch wenn eine umfassende Kosten-/Nutzenanalyse industrieller Produktionsprozesse schwer möglich erscheint. Ein weiteres

Argument der Wachstumsskeptiker bezieht sich auf Studien der Glücksforschung. Sie zeigen, dass sich der Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit eines Menschen und materieller Ausstattung ab einem bestimmten Einkommensniveau aufzulösen scheint.²¹ Kurz gesagt: Wachstum macht glücklich, wenn man sehr wenig besitzt und eine Erhöhung des Einkommensniveaus neue Handlungsspielräume eröffnet.²²

Zusammenfassend stehen sich demnach zwei Überzeugungen gegenüber: Auf der einen Seite wird Wachstum als unverzichtbarer Bestandteil nationaler Entwicklung gesehen, auf der anderen Seite fordert man den Abschied vom „Wachstumswahn“ und den Eintritt in eine Post-Wachstumsökonomie, um globale Probleme nicht zu verschärfen. Lassen sich diese Positionen versöhnen? Und wenn ja, wie?

IV. ORDNUNGSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN: INNOVATIONSKULTUR STÄRKEN, EXTERNE KOSTEN BERÜCKSICHTIGEN

Schon vor Jahrzehnten erwuchs aus der Kritik an der „reinen“ Wachstumslehre die Forderung nach einer qualitativen Dimension des Wirtschaftens: Wachstum sollte demnach umweltverträglich, ressourcenschonend und nachhaltig sein. Wie sinnvoll die Unterscheidung zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum ist, soll hier nicht diskutiert werden.²³ Jenseits dieser semantischen Differenzierung kann festgehalten werden, dass technischer Fortschritt es ermöglicht, dass der Wert der Güter durch eine höhere Qualität zunimmt – und nicht durch den Einsatz von mehr Material. Insofern eröffnet die Förderung und Stärkung einer nationalen Innovationskultur²⁴ die Möglichkeit, den volkswirtschaftlichen Strukturwandel so zu gestalten, dass Wirtschaftswachstum sich mit Umweltzielen vereinbaren lässt und dem Aspekt der Nachhaltigkeit Rechnung trägt.

Ob man den technischen Fortschritt der Computerindustrie oder die Entwicklung des Automobils in den vergangenen Jahrzehnten betrachtet: Immer häufiger kommt der Mehrwert (und damit das Wachstum) aus dem Innenleben und nicht mehr aus dem Einsatz von zusätzlichem Stahlblech. Auch Navigationsgeräte in Fahrzeugen sind ein gutes Beispiel: Der tatsächliche Wert steckt in der Software, nicht im Kunststoffgehäuse. Vergütet wird die kreative Leistung des Unternehmens, d.h. die Digitalisierung des Straßennetzes, die Einbindung aktueller Verkehrsnachrichten, die Berechnung der schnellsten (und ressourcenschonendsten) Route zum Ziel.



Unzählige Beispiele belegen, dass Menschen durch den Einsatz ihrer Intelligenz und des technischen Fortschritts aus praktisch wertlosen oder winzigen Stoffen wertvolle Güter erzeugten oder durch Produkt- und Prozessinnovationen Mehrwert schufen. Davon benötigt eine Gesellschaft mehr, nicht weniger. Im Übrigen ist wenig einsichtig, warum gesellschaftliche Neugier bzw. die menschlichen „Entdeckungsverfahren“ (Friedrich August von Hayek) plötzlich enden sollen. In diesem Zusammenhang auf die Alterung oder Schrumpfung einer Gesellschaft hinzuweisen, ist – unterstellt man tendenziell steigende staatliche Bildungs- und Integrationsbemühungen – wenig überzeugend.

Allerdings bedarf es nicht nur neuer Technologien, sondern auch eines aufgeklärten Lebensstils, der kommende Generationen und andere Völker im Blick behält. Insbesondere was die Zugriffe auf endliche Ressourcen betrifft, müssen marktwirtschaftliche Mechanismen verstärkt zum Einsatz kommen. Die Kosten der Nutzung der Umwelt (ökonomisch als externe Kosten²⁵ bezeichnet), beispielsweise Luftverunreinigungen durch CO₂-Emissionen, werden bei der Güterproduktion bislang kaum berücksichtigt und sind in den Marktpreisen daher unzureichend abgebildet.²⁶ Daher bedarf es eines neuen, bestenfalls globalen, mindestens aber europäischen, Ordnungsrahmens, der diesen Missstand behebt.

Auch wenn sich eine Quantifizierung externer Kosten als methodische Herausforderung erweist, muss hier angesetzt werden. Nur eine Zurechnung möglichst aller externen Kosten zu dem jeweiligen Produkt, z.B. durch Steuern oder Abgaben, stellt sicher, dass Preise ihre Lenkungsfunction erfüllen und Verhaltensänderungen erwirken. Dass sich der Einsatz staatlicher Steuerungsinstrumente lohnt, zeigt die Entwicklung der Ressourcenintensität der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Der spezifische Primärenergieverbrauch der wichtigsten Branchen (Metall- und Elektroindustrie, Automobilindustrie, Maschinenbau etc.) zeigt im Zeitraum zwischen 1995 und 2007 einen Rückgang des Verbrauchs um rund ein Drittel. Das heißt die gleiche Produktionsmenge konnte mit einem Drittel weniger Energieeinsatz hergestellt werden.²⁷

V. WELCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN SIND ZU ZIEHEN?

Nachhaltiges Wachstum ist das Ergebnis einer anreizkompatiblen Ordnungspolitik. Ohne eine Weichenstellung im oben beschriebenen Sinne wird man die Bundesrepublik kaum für die kommenden Herausforderungen rüsten können und zukunftsgerechtes Wachstum erzielen. Innovationen, d.h. technischer Fortschritt und der effiziente Einsatz von

Arbeitskräften und Produktionsmitteln sind durch die damit verbundenen „Produktivitätssprünge“ Garanten für dieses Wachstum. Mit Blick auf die Fundamentaldaten wird es zwar niedriger ausfallen als in den zurückliegenden Jahrzehnten, für eine reiche Gesellschaft ist es aber unproblematisch, dass sich der „Güterberg“ nicht permanent vervielfacht. Ein Ende des Wachstums scheint unwahrscheinlich und wäre auch nicht wünschenswert. Warum?

- Nur Wachstum wird dafür sorgen, dass die Folgen der Krise und des demografischen Wandels bewältigt werden können. Es ist ein entscheidender Hebel, mit dem die zentralen Probleme des Landes angegangen werden können. Die Stabilität und Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme hängt am Wachstum. Ohne Wachstum ist es schwer vorstellbar, dass die öffentlichen Haushalte die Schuldenlast zurückführen können.
- Gleichzeitig ist die Soziale Marktwirtschaft generationenübergreifend angelegt. Die Lebenschancen zukünftiger Generationen dürfen nicht erschwert werden. Zu Recht forderte der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler daher „eine Revolution der sparsamen Nutzung von Ressourcen“.²⁸ In ressourcenschonenden und umweltverträglichen Technologien liegen wiederum Wachstumschancen für die deutsche Wirtschaft: Deutsche Unternehmen haben für viele der globalen Probleme Lösungen entwickelt, von der erneuerbaren Energie über die Umwelttechnik und die Materialeffizienz bis zur Infrastruktur der Ver- und Entsorgung. Hier liegen Chancen für wirtschaftliche Entwicklung und es liegt darin auch ein Stück Verantwortung einer technologisch führenden Industrienation, ihr Wissen und ihre Innovationskraft für die Problemlösung weltweit zur Verfügung zu stellen.

Unlängst haben Friedrich Merz und Wolfgang Clement darauf hingewiesen, dass eine vernünftige Wachstumspolitik in den kommenden Jahren kaum auf kurzfristige Konjunkturspritzen und weitere Verschuldung setzen kann.²⁹ Dazu wird schlicht das Geld fehlen, zumal sich die politischen Akteure mit dem Maastrichter Vertrag und der „Schuldenbremse“ im Grundgesetz selbst gebunden haben, um die Staatsverschuldung als wirtschafts- und sozialpolitische Strategie zu begrenzen.

Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens kontinuierlich überprüft werden. Aus ordnungspolitischer Perspektive wird zu klären sein, wie mehr Wirtschaftswachstum mobilisierbar ist: durch Stärkung der Innovationskultur und das Setzen von Investitionsanreizen für Unternehmen, durch die Förderung von Wissenschaft und Forschung, durch



die Neuausrichtung der Sozialsysteme oder durch Struktur-reformen im Steuersystem. Eine kluge Wachstumspolitik setzt demnach an vielen Stellen an, wobei zwei grundlegenden Fragen zu diskutieren sind:

1. Wie sichert man unter den Bedingungen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung das notwendige Potenzial an Fachkräften? Schon im vergangenen Jahr sind trotz der tiefen Krise Tausende von Ausbildungsplätzen unbesetzt geblieben, weil keine geeigneten Bewerber verfügbar waren. Ein etwaiger Fachkräftemangel könnte sich zu einer erheblichen Wachstumsbremse entwickeln, weshalb auch die Zuwanderungspolitik überprüft werden muss.
2. Wie hilft man denen, die mangels Qualifikation bisher zu den Verlierern der Globalisierung zählen? Denn die weltweite Konkurrenz auch auf dem Arbeitsmarkt sorgt dafür, dass gering qualifizierte Arbeit billiger entlohnt wird. Nicht zuletzt an diesem Punkt entzündeten sich viele Debatten um Mindestlöhne oder Zeitarbeit.

Der Schlüssel liegt in der Bildungspolitik. Investitionen in die Köpfe sind unabdingbar: in eine kreative vorschulische Bildung mit Sprachförderung, in eine solide Schulausbildung, die nicht länger 20 Prozent eines Jahrgangs als nicht ausbildungsfähig entlassen darf³⁰, in hervorragende Universitäten und eine moderne betriebliche Weiterbildung, die das lebenslange Lernen sichert. Auf diesem Feld ist schon Einiges verbessert worden, aber es bleibt viel zu tun.

In diesen Tagen ist zu lesen, wie die führenden Forschungsinstitute ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 deutlich erhöhen, auf bis zu 2 Prozent.³¹ Damit lässt sich – zumindest kurzfristig – die Frage nach dem Ende des Wachstums positiv beantworten: Wir bekommen wieder Wachstum und wir haben die Chance, unseren langfristigen Wohlstand mit kluger Ordnungspolitik zu sichern. Diese Chance gilt es zu nutzen.

- 1/ Vgl. dazu: Wirtschaftsdienst 12/2009, S. 783-804 sowie Wirtschaftsdienst 07/2010, S. 444-457. Unlängst wurden angesehene Fachleute beauftragt, neue Wohlstandsindikatoren („Beyond GDP-Modelle“) zu entwickeln. Beispielhaft dafür steht die von Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy eingesetzte Kommission, die unter dem Vorsitz des Amerikaners Joseph E. Stiglitz, über ein adäquates Maß der Wohlstandsmessung nachdenken sollte. Die Ergebnisse wurden im September 2009 im sogenannten Stiglitz-Bericht zusammengefasst. Vgl. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (2009): http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf.
- 2/ Vgl. Miegel, Meinhard (2010): Exit: Wohlstand ohne Wachstum. Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) vom 22. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3950) zielte die Bundesregierung auf Entlastungen der Haushalte und Unternehmen. Unter anderem bekommen Familien seitdem mehr Kindergeld und profitieren von steigenden Kinderfreibeträgen. Darüber hinaus veränderte das Gesetz Unternehmensteuerregelungen. Ferner wurden Anpassungen bei der Erbschaftsteuer vorgenommen, um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern. Die Erbschaftsteuerbelastung für Geschwister, Nichten und Neffen wurde gesenkt. Durch einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Übernachtungsleistungen sollte die – vor allem mittelständisch geprägte – Tourismuswirtschaft gestärkt werden.
- 3/ Ökonomen unterscheiden zwischen Konjunktur, d.h. der nachfragebedingten Auslastung der Produktionskapazitäten, und Wachstum. Unter Wachstum wird die Veränderung des Produktionspotenzials (qualitative und quantitative Ausstattung eines Landes) in der langen Frist verstanden. Vgl. Abschnitt 2.
- 4/ Vgl. Statistisches Bundesamt (2009): BIP 2008 für Deutschland, Wiesbaden, S. 7. In den 1960er Jahren betrug die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP im Schnitt immer noch 4,4 Prozent pro Jahr, in den 1970er Jahren 2,9 Prozent, in den 1980er Jahren 2,6 Prozent, in den 1990er Jahren 1,7 Prozent und in den 2000er Jahren 0,8 Prozent (vor allem wegen des Einbruchs 2009 um minus 4,8 Prozent, ohne diesen Einbruch wären es im Schnitt 1,2 Prozent gewesen). Freilich ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass absolute Zuwächse bei einem hohen BIP-Niveau notwendigerweise geringe Wachstumsraten zur Folge haben.
- 5/ Vgl. Prognos (2010): Deutschland Report 2035, Basel. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln kam im Jahr 2004 auch zu dieser Schätzgröße. Vgl. Grömling, Michael (2004): Wirtschaftswachstum, In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels. Köln, S. 81 ff..
- 6/ Derzeit leben knapp 82 Millionen Menschen in Deutschland, bis 2035 werden es nur noch 78 Millionen Menschen sein. Bricht man die Zahlen weiter herunter, wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2035 um mehr als 8 Millionen oder rund 17 Prozent sinken. Ob alternde und schrumpfende Gesellschaften darüber hinaus eine geringere Innovationsdynamik entfalten, ist umstritten. Vgl. Grömling, Michael (2004): Wirtschaftswachstum, In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels. Köln, S. 77 ff..
- 7/ Sowohl die grundgesetzlichen Vorgaben zur strukturellen, also nicht konjunkturbedingten Nettokreditaufnahme des Bundes ab dem Haushaltsjahr 2011 (Schuldenbremse) als auch europäische Verträge (Stabilitäts- und Wachstumspakt) schränken zukünftige staatliche Ausgabenspielräume ein.
- 8/ Die Investitionsquote, Bildungsausgaben, Staatsfinanzen und Beschäftigungssituation haben erheblichen Einfluss auf das Produktionsniveau einer Volkswirtschaft und werden daher oft als Wachstumstreiber bezeichnet. Siehe auch Abschnitt 2.
- 9/ Absehbar ist, dass moderate Wachstumsraten zu einem gewissen staatlichen Konsolidierungsdruck führen werden, der das künftige Ausmaß staatlicher Umverteilung verringern wird und entsprechende Verteilungswirkungen entfaltet.
- 10/



- 11| Um das BIP unabhängig von Veränderungen der Preise betrachten zu können, verwendet man das reale BIP, in dem alle Güter und Dienstleistungen zu den Preisen eines Basisjahres bewertet werden (BIP zu konstanten Preisen). Die Kennzahl BIP wurde während der Großen Depression der 1930er Jahre entwickelt. Damals wuchs in der Ökonomie das Verständnis für die makroökonomische Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Für diese vor allem mit dem Namen John Maynard Keynes verbundene Einsicht lieferte das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung den nötigen Datenunterbau, einschließlich seines zentralen Bestandteils BIP.
- 12| Es ist durchaus möglich, dass sich das Wachstum des absoluten Bruttoinlandsprodukts verringert, während das Wachstum der Pro-Kopf-Produktion steigt. Vgl. Grömling, Michael (2004): Wirtschaftswachstum, In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels. Köln, S. 76 ff..
- 13| Vgl. Eucken, Walther (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Eucken identifiziert in diesem Werk Prinzipien einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung, die die Grundlagen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung bilden. Dazu gehören ein funktionierendes Preissystem, offene Märkte, die Garantie von Privateigentum und Vertragsfreiheit, das Haftungsprinzip, das Primat der Währungspolitik, die Konstanz der Wirtschaftspolitik, eine Monopolkontrolle, die Korrektur externer Effekte, Einkommenspolitik und die Korrektur anomaler Angebotsfunktionen.
- 14| Malthus stellte die These auf, dass die Bevölkerungszahl exponentiell wachse, die Nahrungsmittelproduktion aber nur linear. Das habe zur Folge, dass Nahrungsmittelangebot und -nachfrage sich auseinanderentwickelten. Nahrungsmittelpreise müssten daher steigen und die Reallöhne bis unter das Existenzminimum sinken. Malthus irrte sich: Menschen erfanden den Kunstdünger. Vgl. Malthus, Thomas Robert (1798): An Essay on the Principle of Population.
- 15| Vgl. Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Jørgen Randers & William W. Behrens III (1972): The Limits to Growth.
- 16| Vgl. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums (1967). In §1 dieses deutschen Gesetzes werden vier gesamtwirtschaftliche Ziele benannt: Preisniveaustabilität, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum.
- 17| Vgl. Grömling, Michael (2004): Wirtschaftswachstum, In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels. Köln, S. 67-96.
- 18| Vgl. Statistisches Bundesamt (2009): BIP 2008 für Deutschland, Wiesbaden, S. 7.
- 19| Vgl. http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/arbeitslosenzahlen-deutschland-knackt-die-drei-millionen_aid_338487.html
- 20| Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2010): Monatsbericht April 2010, Seite 81 ff.
- 21| Damit wird eine ökonomische Grundannahme in Frage gestellt, die unterstellt, dass der individuelle Nutzen der Wirtschaftssubjekte steigt, wenn mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Anders formuliert: Der Mensch benötigt Wachstum, weil es ihm Nutzen stiftet bzw. ihn glücklich macht. Wenn diese Annahme aber falsch ist, verliert auch die Messzahl materieller Ausstattung, das BIP, seine Orientierungsfunktion als Wohlfahrtsindikator.
- 22| Vgl. Frey, Bruno S.; Frey Marti, Claudia (2010): Glück - Die Sicht der Ökonomie.
- 23| Quantitatives Wachstum zielt auf die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Sinne der Zunahme des BIP ab. Qualitatives Wachstum beinhaltet auch die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen, die Schonung der Umwelt oder eine gerechte Einkommensverteilung. Inwiefern beide Dimensionen zu trennen sind, ist umstritten, da Wirkungszusammenhänge zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum existieren.
- 24| Im Beitrag wird der Begriff „Innovation“ verstanden als Ergebnis qualitativ neuartiger Produkte oder Verfahren, die sich von dem vorangehenden Zustand merklich unterscheiden. Es ist entscheidend, dass es nicht bei einer weiterentwickelten Idee bleibt. Erst der Verkauf und die Nutzung konkreter Produkte und Dienstleistungen unterscheidet die Innovation von der Invention.
- 25| Externe Effekte sind unmittelbare Auswirkungen der ökonomischen Aktivitäten eines Wirtschaftssubjektes (Unternehmen, private und öffentliche Haushalte) auf die Produktions- oder Konsummöglichkeiten anderer Wirtschaftssubjekte, ohne dass eine adäquate Kompensation erfolgt.
- 26| Innerhalb der Europäischen Union ist man, zumindest was den Ausstoß von Treibhausgasen betrifft, bemüht dies zu ändern. Der Handel mit Emissionszertifikaten (seit 2005) soll sukzessive zur Einbeziehung externer Kosten führen und den Ausstoß von Emissionen senken. Bislang wird der Großteil der Verschmutzungsrechte noch vom Staat gratis vergeben, ein geringer Teil wird seit 2010 an Kraftwerksbetreiber versteigert. Nach 2012 sollen die Versorger und stufenweise auch die Industrie dazu gezwungen werden, alle benötigten CO₂-Rechte zu kaufen. Dies wird unweigerlich zu Strompreiserhöhungen führen.
- 27| Richtigerweise muss aber auch hinzugefügt werden, dass die weltweiten Emissionen des Treibhausgases CO₂ allein seit dem Jahr 2000 um über zwanzig Prozent angewachsen, weil Schwellen- und Entwicklungsländer ihren Primärenergiebedarf massiv steigerten. Daher sinkt der weltweite Ressourcenverzehr trotz technischem Fortschritt nicht. Je mehr CO₂ in der Luft ist, desto stärker erwärmt sich die Erde. Vor den damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen warnte der Klimaökonom Nicolaus Stern 2006 in einem vielbeachteten Bericht.
- 28| Vgl. Köhler, Horst (2010): Die Krise nicht verschwenden!, Rede beim IX. Munich Economic Summit, 29. April 2010, München. <http://www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews/Reden-Horst-Koehler-,12213.663473/Die-Krise-nicht-verschwenden-R.htm>
- 29| Vgl. Clement, Wolfgang; Merz, Friedrich (2010): Was jetzt zu tun ist. Deutschland 2.0.
- 30| Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 22. Juli 2010, S. 3.
- 31| Vgl. IW Trends. Vierteljahreszeitschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung (2010): Prognosen für 2010 auf einen Blick. 2/2010, S. 126.